

## Träger- und Finanzierungsstrukturen

*Input: Prof. Dr. Philipp Sandermann (Leuphana Universität Lüneburg), Dr. Talibe Süzen (Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt)*

*Kommentierung: Rolf Diener (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration – SASJI)*

*Moderation: Angela Smessaert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)*

*Protokoll: Paula Joseph (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)*

## Zentrale Inhalte

Die Vertreter\*innen der Sachverständigenkommission, Prof. Dr. Philipp Sandermann und Dr. Talibe, führten aus, dass die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland sich aus einer komplexen Struktur aus öffentlichen und freien Trägern zusammensetze. Diese basiere auf dem Subsidiaritätsprinzip und der Trägerpluralität, spiegele jedoch die Diversität der Gesellschaft nicht immer ausreichend wider. Da die Finanzierung überwiegend bei den Kommunen liege, würden deren Haushalte erheblich belastet. Angesichts wachsender Aufgaben und Herausforderungen, besonders hinsichtlich des Fachkräftemangels und unzureichender Finanzierung, bestehe dringender Handlungsbedarf, um Planungssicherheit, Doppelstruktur und gesellschaftliche Repräsentanz zu verbessern und politische Verteilungskämpfe auf allen föderalen Ebenen zu entschärfen.

Rolf Diener (Abteilungsleiter Bremen, Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) betonte in seinem Kommentar, dass öffentliche und freie Träger gemeinsam Verantwortung trügen, auch wenn sich letztere inzwischen aufgrund von Fachkräftemangel und veränderten Arbeitsbedingungen teilweise aus Angeboten zurückzögen. Insbesondere im Kita- und unbegleitete minderjährige Ausländer\*innen-Bereich sei eine Zunahme privatgewerblicher Träger zu beobachten, während die klassischen Wohlfahrtsverbände in den letzten Jahren zunehmend zurückhaltender agierten. Er unterstrich, dass die Finanzierungsstrukturen vor allem die Kommunen belasten würden, während Bund und Länder nur begrenzt unterstützten. Fachkräftemangel und unzureichende Finanzierungsmodelle würden den Ausbau notwendiger Angebote behindern und die Diskussion um neue Gesetze und Reformen prägen. Die Gesellschaft müsse die präventiven Ansätze der Kinder- und Jugendhilfe und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung stärker in den Blick nehmen, um langfristige Lösungen zu sichern.

## Diskussionsergebnisse

In der Diskussion wurde betont, dass im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer\*innen (umA) nachhaltigere Strukturen erforderlich seien, in der Vergangenheit jedoch ein krisenorientiertes Management dominierte. Angebote und Projekte entstünden

häufig als kurzfristige Reaktionen auf Krisen, die langfristig nicht aufrechterhalten werden könnten, was auf einen allgemeinen Erschöpfungszustand hinweise und die Glaubwürdigkeit der bestehenden Strukturen in Frage stelle. Grundlegende Veränderungen in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe seien notwendig, um nachhaltige Lösungen zu schaffen. Der Fachkräftemangel bleibe für beide Seiten eine zentrale Herausforderung, die überregionale Ansätze erfordere. Es sei wichtig, Fachkräfte in ihrer Selbstwirksamkeit zu stärken, ihnen Handlungssicherheit zu vermitteln und ihnen durch Stabilität eine Perspektive zu geben. Neue Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe würden immer jünger und würde daher teilweise selbst noch zur Zielgruppe der Angebote gehören. Daher sei es wichtig, dass sich Anstellungsträger die Frage stellten, wie man dieser Gruppe Zuversicht vermitteln könne und sie aufbaue. Übergeordnet stehe dabei häufig die zentrale Frage des Vertrauens. Die Forderung nach einer work-life-balance sei nicht als fehlendes (politisches) Engagement zu lesen, sondern drücke auch eine gesunde Hinterfragung von Strukturen aus.

### Weiterführende Fragen

- Wie kann die Diversität der Gesellschaft stärker in Trägerstrukturen einen Widerhall finden?
- Mit welcher Haltung und welchen Angeboten begegnen Anstellungsträger jungen Fachkräften, um Zuversicht zu vermitteln und Selbstwirksamkeit zu ermöglichen?